



Bearbeitung: Kristina Wittig (E-Mail: kristina.wittig@luebeck.de Telefon: 122-1023)

Überweisungsantrag aus der Bürgerschaft vom 28.09.2017 an den Hauptausschuss; hier: Straßenausbaubeiträge

Die Bürgerschaft hat zu Punkt 5.16 mit VO Nr. 5347 den nachstehend aufgeführten interfraktionellen Antrag der Fraktionen GAL und SPD mit Mehrheit an den Hauptausschuss überwiesen:

Anschließend ist eine erneute Beratung in der Bürgerschaft vorgesehen !

(Straßenausbaubeiträge)

1. Die Bürgerschaft begrüßt den Gesetzentwurf auf Landesebene, dem zufolge Kommunen zukünftig die Möglichkeit erhalten sollen, in eigener Verantwortung auf Straßenausbaubeiträge zu verzichten.
2. Die Bürgerschaft erwartet von der Landesregierung, dass ein Verzicht auf die Erhebung von Ausbaubeiträgen vollständig durch das Land kompensiert wird. Der Bürgermeister wird gebeten, dafür notwendige Gespräche mit der Landesregierung zu führen.
3. Die Bürgerschaft erwartet die substantielle Unterstützung des Landes, damit die Kommunen ihrer Verpflichtung zum Ausbau kommunaler Verkehrsflächen nachkommen können.
4. Die Bürgerschaft bittet den Bürgermeister, den Verzicht der Hansestadt Lübeck auf Straßenausbaubeiträge auf der Verwaltungsebene vorzubereiten und dem Bau- und dem Hauptausschuss so bald wie möglich zu berichten,
 - a. wann und wie die Landesregierung die im Koalitionsvertrag bekundete Absicht umsetzen wird,
 - b. welche Auswirkungen sich für den Fall eines Verzichts auf Ausbaubeiträge für den städtischen Haushalt insgesamt ergeben,
 - c. ob und wenn ja, welche Alternativen zur Erhebung von Ausbau-beiträgen bestehen, so dass für den Fall des Verzichts Mehrbelastungen für den städtischen Haushalt vermieden werden und

- d. ob, ab welchem Zeitpunkt und für welchen Personenkreis ein Verzicht auf die Erhebung von Ausbaubeiträgen Auswirkungen hat.

Auftrag an:

1.101 Bürgermeisterkanzlei
(als geschäftsführender Bereich)